

Warum finden Sie die Transporte unsinnig?

NRW: Das Verfrachten von Atommüll von Jülich nach Ahaus bleibt gefährlich und muss aufhören, fordert Udo Buchholz

Interview: Gitta Düperthal

In der Nacht auf Mittwoch wurde wieder Atommüll quer durch Nordrhein-Westfalen von Jülich nach Ahaus transportiert. Antiatominitiativen protestierten dagegen. Was hat sich da abgespielt?

Der hochradioaktive Müll wurde von der bisherigen Lagerstätte, dem stillgelegten Versuchsreaktor Jülich, wo noch rund 300.000 Brennelementkugeln lagern, zum Brennelementzwischenlager Ahaus transportiert. Insgesamt sollen 152 Castoratomüllbehälter dorthin verlagert werden. Der Transport in dieser Woche war der dritte. 149 weitere dieser hochgefährlichen Transporte liegen noch vor uns, ein vierter soll am 19. Mai erfolgen. Dabei ist das Vorgehen völlig unsinnig.

Wieso unsinnig?

Zwar ist die Betriebserlaubnis für die Lagerstätte Jülich schon seit Jahren abgelaufen, aber auch die für eine Zwischenlagerung in Ahaus läuft 2036 aus. Wir, etwa 170 Aktive, protestieren gegen diese Transporte mit dem radioaktiven Müll, weil sie sehr gefährlich sind.

In welcher Form wurde protestiert?

Bei Ahaus gab es zunächst eine Fahrraddemo, später eine Mahnwache an einer Kreuzung am Ortsausgang. Dort empfingen wir den Castortransport mit Pfiffen und Getrommel.

Von einem »ruppigen Polizeieinsatz« war die Rede. Wie hat der sich dargestellt?

Nach meinem Kenntnisstand war das am Ausgangsort in Jülich, wo es ebenso eine Mahnwache gab. Dort nahm die Polizei Personalien auf, wegen Fotografierens der Anlage. Damit dokumentieren wir, in welchem Zustand sie ist. Was man dagegen haben kann, leuchtet mir nicht ein. Wir Antiatomkraftinitiativen stellen keine Gefahr dar, wir warnen davor: Sie könnten zum Angriffsziel von Sabotage oder terroristischen Anschlägen werden. Diese Castoren sind unsicher, von ihnen geht hohe Strahlungsgefahr aus. In Nordrhein-Westfalen gibt es marode Autobahnen und Brücken, Unfälle könnten jederzeit passieren.

Angesichts klammer Landeskassen könnte polizeiliches Sichern der Transporte zurückgefahren werden. Was halten Sie davon?

Die offizielle Begründung dafür lautet: Man könne Polizeieinsätze zurückfahren, weil die Antiatombewegung geschrumpft sei. Aber noch mal: Wir sind keine Gefahr, weil wir keine Transporte angreifen würden, sondern nur auf Gefahren aufmerksam machen.

Ist schon mal etwas schiefgegangen?

Bei den ersten beiden Castortransporten waren noch 2.000 beziehungsweise 2.400 Beamte im Einsatz. Beide Male kam es jeweils vor der Abfahrt in Jülich und nach der Ankunft in Ahaus zu Pannen. Der erste Castor konnte im Zwischenlager Ahaus eine Woche lang nicht an das externe Überwachungssystem angeschlossen werden. Beim zweiten Castor verzögerte ein Problem mit der externen Stromversorgung die Abfahrt des Transport-Lkw. All das ist wenig vertrauenserweckend.

Bis 2030 sind Transporte geplant. Überall fällt Atommüll an, keine Kommune will ihn vor der eigenen Haustür haben. Der Standort Gorleben ist aus dem Rennen, ein Ort für ein richtiges Endlager wird noch immer gesucht.

Genau. Der Atommüll wird ständig in Castoren durch die Republik bewegt. Jeweils immer nur zur Zwischenlagerung. Zudem ist der Atomausstieg nicht beendet, wie häufig behauptet wird. Die Urananreicherungsanlage in Gronau ist weiterhin in Betrieb, und die Brennelementefabrik in Lingen produziert noch immer fleißig. Obgleich wir jetzt schon nicht mehr wissen, wohin mit dem Atommüll. In Gronau wird der Uranabfall in Fässern unter freiem Himmel gelagert. Zudem gibt es etwa in den Niederlanden und in der Schweiz weiterhin Atomkraftwerke - zugleich aber auch dort jeweils keine Endlager. Künftige Standorte, nahe an der deutschen Grenze, sind dafür im Gespräch. Dieses internationale Problem müssen die Regierungen lösen.

Was verlangen Sie von denen?

Es muss aufhören, dass Atommüll in der Republik hin- und hergeschoben wird. Der hochradioaktive Müll muss an dem Ort bleiben, an dem er ist, und dort gesichert werden. Zumindest solange, bis ein Endlager gefunden ist. Die politische Verantwortung für die gefährlichen Transporte wird aber stets vom Land zum Bund verwiesen. Die große Geheimhaltung dazu ist auch für die Demokratie ein Problem.

Konservative Politiker verlangen, die Atomkraft als »saubere Energie« weiter zu betreiben. Lauert die atomare Gefahr in Deutschland also weiter?

Die AKW sind im Rückbau. Sie zu reaktivieren, wäre rechtlich und technisch nicht machbar. Doch obgleich Energiekonzerne bei solchen Vorstößen abwinken, wird die Debatte über einen Wiedereinstieg geführt. Zumal Unionspolitiker auch davon träumen, dass Deutschland sich atomar bewaffnet, wie etwa der Fraktionsvorsitzende Jens Spahn, der europäische Atomwaffen fordert. Wir müssen wachsam bleiben und den Finger in die Wunde legen -

etwa auch im Verbund mit den niederländischen Atomkraftgegnerinnen und -gegnern.

Udo Buchholz ist Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) aus Gronau

<https://www.jungewelt.de/artikel/522213.atommüllkonvoi-durch-nrw-warum-finden-sie-die-transporte-unsinnig.html>